



## **Deutscher Kinder- und Jugend(hilfe)MONITOR 2025**

**Junge Perspektiven ernst nehmen – politische Forderungen für mehr Generationengerechtigkeit**

**Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ**

**Impressum:**

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
T +49 (030) 400 40 200  
agj@agj.de | www.agj.de | [www.djht.de](http://www.djht.de)

Verantwortlich: Vorstand: Prof. Dr. Karin Böllert,  
Claudia Porr, Dr. Gabriele Weitzmann  
Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich  
durch zwei Mitglieder des Vorstands vertreten.  
V. i. S. d. P.: Franziska Porst

Berlin, 29.4.2025

# **Deutscher Kinder- und Jugend(hilfe)MONITOR 2025:**

## **Junge Perspektiven ernst nehmen – politische Forderungen für mehr Generationengerechtigkeit**

Anlässlich des 18. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages (DJHT) vom 13. bis 15. Mai 2025 in Leipzig präsentiert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ den Deutschen Kinder- und Jugend(hilfe)MONITOR 2025. Der Bericht analysiert aktuelle Daten zu sechs zentralen gesellschaftspolitischen Themen: (1) Demokratie, (2) Generationengerechtigkeit, (3) Vielfalt, (4) Armut, (5) Jungsein in Ostdeutschland und (6) Fachkräftemangel. Diese Themen prägen maßgeblich das Leben von rund 22 Millionen jungen Menschen unter 27 Jahren sowie die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe. Die Auswertung dieser Daten liefert wichtige Erkenntnisse über die gegenwärtige Situation und Zukunftsperspektiven der jungen Menschen in Deutschland. Grundlage der Analyse sind die neuesten Berichte und Studien der Sozial- und Bildungsberichterstattung<sup>1</sup> sowie das [Kinder- und Jugendpolitische Leitpapier](#), das den programmatischen Rahmen des DJHT vorgibt.

### **Ein Wort vorab zum Koalitionsvertrag 2025-2029: Verantwortung auch für Deutschlands junge Generation übernehmen!**

Zugleich fand ein Abgleich mit dem Koalitionsvertrag statt; eine Bewertung relevanter Aspekte wurde in den Deutschen Kinder- und Jugend(hilfe)MONITOR 2025 aufgenommen. Wenngleich einzelne Vorhaben (abgesehen vom allgemeinen Finanzierungsvorbehalt) zu begrüßen sind, beantwortet der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD die wesentlichen Zukunftsfragen junger Menschen nicht. Im Gesamtbild ist der Koalitionsvertrag keine vertrauensbildende, zukunftsichernde Maßnahme für junge Menschen. Denn: Die demografische Entwicklung erzeugt ein zunehmendes generationales Ungleichgewicht, dessen Bewältigung sich in den vorgesehenen politischen Maßnahmen kaum widerspiegelt. Der Abschied von einer ambitionierten Klimapolitik, das Ausbleiben notwendiger Reformen der Sozialversicherungssysteme, die unzureichende Ausstattung der sozialen Infrastruktur, das Ignorieren der Auswirkungen von Kinder- und Jugendarmut sowie eine vorrangig auf Abschottung setzende Asylpolitik tragen nicht zu mehr Generationengerechtigkeit bei, sondern verstärken den Eindruck einer auf den Erhalt des Status Quo zielenden Politik, die auf die Herausforderungen unserer krisengeschüttelten Gegenwart und Zukunft keine Antworten geben will oder kann.

---

<sup>1</sup> Diese Berichte und Studien sind u. a.: 17. Kinder- und Jugendbericht (2024); 19. Shell Jugendstudie (2024); DKLK-Studie 2023; European Social Survey (2023); AID:A – Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2023; Befragung von Fachkräften zu Jugendlichen im Übergangssektor (2025); DJI-Erhebung 2024 zur Bedarfsermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention; Familienreport 2024; Gutachten Investitionen in Kinder wirkungsvoll gestalten (2024); Kinder- und Jugendhilfereport 2024; Migrationsbericht der Bundesregierung 2023; Monitor Jugendarmut in Deutschland 2024/2025; Studie. Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. (2023); Sozialbericht 2024 sowie Vierter Engagementbericht (2024).

## Inhaltsverzeichnis

I.	Demokratie stärken: Teilhabe junger Menschen sichern .....	3
1.	Junge Menschen sind politisch interessiert .....	3
2.	Demokratie ist die beste Staatsform – aber Vertrauen fehlt .....	3
3.	Politisches Engagement nimmt zu, aber ist nicht barrierefrei .....	4
4.	Digitale Transformation – Raum oder Risiko für Demokratie?.....	5
	Forderungen für eine starke Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen .....	6
II.	Generation und Investition – es braucht einen fairen Deal .....	9
1.	Trotz Krisen und Sorgen eine optimistische Jugend.....	9
2.	Investitionen für eine bessere Zukunft statt Spardiktaten .....	9
3.	Investitionen in Kinder und Jugendliche sind existenziell .....	10
	Forderungen für einen fairen Deal .....	11
III.	Junge Vielfalt anerkennen und fördern – für eine gerechte und inklusive Gesellschaft.....	13
1.	Migration als gesellschaftliche Realität – Chancen statt Abschottung .....	13
2.	Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – gesellschaftliche Realitäten anerkennen .....	14
3.	Aufwachsen mit Behinderung – Inklusion Realität werden lassen.....	14
4.	Bildungs- und Ausbildungssituationen junger Menschen wirken auf gesellschaftliche Teilhabe .....	15
	Forderungen für ein gutes Aufwachsen in Vielfalt .....	16
IV.	Abgehängt jung sein – Eine Hypothek für Gegenwart und Zukunft! .....	18
1.	Armut von Kindern und Jugendlichen hat viele Gesichter .....	18
2.	Fehlende Teilhabe hat ihren Preis!.....	19
3.	Armut kostet! .....	19
	Forderungen zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut.....	20
V.	Junge Menschen in Ostdeutschland: Bewusstsein weiterentwickeln und den Wandel mitgestalten .....	22
1.	Die Herausforderung: Wandel zwischen Chance und Bedrohung.....	22
2.	Demokratische Teilhabe und klassische politische Bildung unterstützen – jüngste Wahlergebnisse als Herausforderung .....	23
	Forderungen: Ressourcen junger Menschen für die Transformation nutzen – Kinder- und Jugendhilfe in Ostdeutschland gezielt stärken .....	23
VI.	Fachkräftemangel: Wir sind viele, aber nicht genug! .....	25
1.	Personalwachstum, aber keine Entspannung in Sicht.....	25
2.	Vielfältige Ursachen mit gravierenden Folgen .....	26
	Forderungen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken .....	27

## I. Demokratie stärken: Teilhabe junger Menschen sichern

In Deutschland leben Ende 2023 rund 22 Millionen junge Menschen unter 27 Jahren – das entspricht etwas mehr als einem Viertel der Gesamtbevölkerung (26,3 %). Davon sind 11,2 % 0-11 Jahre, 5,5 % 12-17 Jahre und 9,6 % 18-26 Jahre alt.<sup>2</sup> Demokratie kann nur funktionieren, wenn alle jungen Menschen und ihre Familien an der Gesellschaft teilhaben können – unabhängig von sozialer Klasse, Behinderung, natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit, Weltanschauung/Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wachsende Demokratiefeindlichkeit betrifft die Lebenswelten junger Menschen, analog wie digital. Zwar befürworten junge Menschen stabil die Demokratie in Deutschland seit vielen Jahren, doch mangelnde Beteiligung und fehlende Berücksichtigung ihrer Interessen durch politische Entscheider\*innen lassen ihr Vertrauen in die Politik schwinden.

### 1. Junge Menschen sind politisch interessiert

Das politische Interesse junger Menschen steigt seit Jahren. Laut der Shell-Jugendstudie 2024<sup>3</sup> bezeichnet sich jeder zweite junge Mensch als politisch interessiert. Auch der European Social Survey (ESS)<sup>4</sup> bestätigt ein im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittliches Interesse in Deutschland.

- *Politisches Interesse hängt stark vom Bildungsniveau ab:* Je höher der Abschluss, desto höher das Interesse.<sup>5</sup>
- *Eine schwindende Mitte – auch bei jungen Menschen:* Mädchen und junge Frauen verorten sich im politischen Spektrum stärker links als junge Männer.<sup>6</sup> Im Vergleich zu früheren Erhebungen ordnen sich insgesamt weniger junge Menschen in der Mitte ein und ein größerer Anteil zählt sich eher zum linken bzw. rechten politischen Spektrum.<sup>7</sup>
- *Junge Menschen wählen überwiegend demokratisch:* Bei der Bundestagswahl 2025 haben über 65 %<sup>8</sup> der 18-24-Jährigen demokratische Parteien gewählt. Die Herausforderung besteht in den deutlichen Unterschieden nach Geschlecht: So haben 27 % der jungen Männer und 15 % der jungen Frauen für die AfD gestimmt.<sup>9</sup>

### 2. Demokratie ist die beste Staatsform – aber Vertrauen fehlt

71 % der jungen Menschen halten Demokratie für die beste Staatsform, doch nur 45 % glauben, dass sie gut funktioniert.<sup>10</sup>

---

2 Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis); Genesis-Online; Tabelle 12411-0005; Datenlizenz by-2-0; eigene Berechnungen.

3 Albert, M./Quenzel, G./de Moll, F. et al. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim/Basel, S. 44.

4 ESS ERIC Headquarters (2023): European Social Survey 2023. Online unter: [ess.sikt.no/en/](https://ess.sikt.no/en/) [Zugriff am 24.3.2025].

5 Albert, M./Quenzel, G./de Moll, F. et al. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim/Basel, S. 46.

6 Deutsches Jugendinstitut (2023): AID:A – Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2023, S. 20.

7 Albert, M./Quenzel, G./de Moll, F. et al. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim/Basel, S. 61.

8 infratest dimap-Daten auf Tagesschau. Online unter: [www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/wahlverhalten-bevoelkerungsgruppen-umfragen-bundestagswahl-2025-100.html](https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/wahlverhalten-bevoelkerungsgruppen-umfragen-bundestagswahl-2025-100.html) [Zugriff am 24.3.2025].

9 infratest dimap-Daten auf Tagesschau: Online unter: [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml) [Zugriff am 24.3.2025].

10 Henschelmann, K.-P./Meijer, L./Sauermann, P. unter Mitarbeit von Kroiß, A.-L./Sarnau, D. (2024): Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren. Teilbericht 4 des Projekts „Ermittlungen von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Deutsches Jugendinstitut (Hg.), München, S. 14 ff. Online unter: [www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann\\_et\\_al-Standardisierte-Online-Erhebung-mit-Jugendlichen-und.pdf?sequence=1](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann_et_al-Standardisierte-Online-Erhebung-mit-Jugendlichen-und.pdf?sequence=1) [Zugriff am 24.3.2025].

- *Kaum Vertrauen in politische Institutionen:* Nur 27 % vertrauen der Bundesregierung, 34 % der EU. Besonders junge Menschen mit niedriger Bildung zeigen Misstrauen.<sup>11</sup>
- *Zukunft braucht Vertrauen:* Wirtschafts- und politikbezogene Zukunftsängste hängen eng mit fehlendem Vertrauen in Institutionen zusammen.<sup>12</sup>
- *Wenig Berücksichtigung von Jugendinteressen:* Junge Menschen sind unzufrieden mit Parteipolitik, da sie nicht an ihren Interessen ausgerichtet ist.<sup>13</sup>
- *Einsamkeit kann antidemokratische Haltungen fördern:* Demokratiegefährdungen können auch aus der Einsamkeit junger Menschen resultieren.<sup>14</sup> Eine Studie des Progressiven Zentrums belegt, dass einsame junge Menschen häufiger zu antidemokratischen Einstellungen tendieren, was sich in der Neigung zu Verschwörungsmythen, im Hang zu autoritären Einstellungen und in der Billigung politischer Regelverletzung und Gewalt ausdrückt.<sup>15</sup>

### **3. Politisches Engagement nimmt zu, aber ist nicht barrierefrei**

Junge Menschen engagieren sich auf vielfältigen Wegen durch Unterschriftenaktionen, Boykotts oder Petitionen.<sup>16</sup>

- *Politische Partizipation über dem Durchschnitt:* Die politische Partizipation junger Menschen in Deutschland liegt über dem europäischen Durchschnitt.<sup>17</sup>
- *Engagement in Gruppen unterschiedlich:* Queere junge Menschen sind besonders häufig engagiert.<sup>18</sup> Zwei Fünftel (40 %) der queeren jungen Menschen brachten z. B. ihre Meinung zu politischen Themen in sozialen Netzwerken zum Ausdruck – im Vergleich dazu waren es nur 16 % bei nicht-queeren jungen Menschen.<sup>19</sup>
- *Immer mehr junge Menschen gehen wieder wählen:* Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl der unter 24-Jährigen stieg seit 2013 von knapp über 60 % auf 71 % bei den Bundestagswahlen 2021.<sup>20</sup>
- *Ungleiche Chancen erschweren freiwilliges Engagement:* So beeinflussen soziodemografische Faktoren wie Einkommen, Bildung, Erwerbsstatus,

11 Deutsches Jugendinstitut (2023): AID:A – Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2023. S. 43 ff.

12 Ebd.

13 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin, S. 248. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

14 Ebd., S. 49.

15 Das Progressive Zentrum mit Prof. Dr. Claudia Neu, Prof. Dr. Beate Küpper, Prof. Dr. Maike Luhmann (2023): Studie. Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. Online unter: [www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt\\_Studie\\_Extrem\\_Einsam\\_Das-Progressive-Zentrum.pdf](http://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt_Studie_Extrem_Einsam_Das-Progressive-Zentrum.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

16 Deutsches Jugendinstitut (2023): AID:A – Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2023, S. 34 ff.

17 ESS ERIC Headquarters (2023): European Social Survey 2023. Online unter: [ess.sikt.no/en/](http://ess.sikt.no/en/) [Zugriff am 24.3.2025].

18 Deutsches Jugendinstitut (2023): AID:A – Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2023, S. 35.

19 Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hg.) (2024): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland. S. 94. Online unter: [www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Sozialbericht\\_2024\\_bf\\_k2.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

20 Der Bundeswahlleiter (2022): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Online unter: [www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/8ad0ca1f-a037-48f8-b9f4-b599dd380f02/btw21\\_heft4.pdf](http://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/8ad0ca1f-a037-48f8-b9f4-b599dd380f02/btw21_heft4.pdf), S. 10 [Zugriff am 2.4.2025]. Nach Alterskohorte differenzierte Auswertungen zur Bundestagswahl 2025 lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Migrationshintergrund, Alter und Behinderung, wer sich engagieren kann und wer nicht.<sup>21</sup>

#### **4. Digitale Transformation – Raum oder Risiko für Demokratie?**

- *Neue Möglichkeiten für politische Beteiligung:* Die durch das Internet erfolgte Demokratisierung der Erstellung und Verbreitung von politischen Inhalten und Nachrichten hat die etablierten Machtverhältnisse in der politischen Öffentlichkeit zugunsten neuer digitaler Eliten sowie digital aktiver Bürger\*innen verschoben<sup>22</sup>. Soziale Medien bieten neue Formen der politischen Beteiligung, insbesondere für junge Menschen.
- *Digitale Spaltung verstärkt soziale Ungleichheit:* Nicht alle jungen Menschen haben den gleichen Zugang zu digitalen Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Der digitale Graben („Digital Divide“) wirkt sich zum Beispiel auf jene aus, die in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen.<sup>23</sup>
- *Hass im Netz ist alltäglich und nimmt zu:* Mehr als die Hälfte der 16- bis 27-Jährigen ist mindestens einmal pro Woche mit beleidigenden oder bedrohenden Kommentaren im Internet konfrontiert. Knapp ein Drittel dieser Altersgruppe hat in den vergangenen zwölf Monaten selbst herabwürdigende Äußerungen erlebt, die sich gegen ihre politischen Ansichten, ihr Körpergewicht oder ihr Geschlecht richteten.<sup>24</sup>
- *Zunahme von digitaler Hassrede hat Einfluss auf die freie Meinungsäußerung:* Mehr als die Hälfte der Befragten einer repräsentativen Studie<sup>25</sup> bekennt sich im Netz aus Angst seltener zur eigenen politischen Meinung (57 %), beteiligt sich seltener an Diskussionen (55 %) und formuliert Beiträge bewusst vorsichtiger (53 %).<sup>26</sup>
- *Junge Menschen wollen mehr Medienkompetenz:* Mit Blick auf digitale Kompetenzen äußern junge Menschen, lernen zu wollen, Falschnachrichten im Internet zu erkennen (51 %) und auf Hass im Netz zu reagieren (44 %). Doch nur wenige fühlen sich durch die Schule gut darauf vorbereitet (20 %). Unterstützungs- und Beratungsbedarf im Falle von Beleidigungen und Bedrohungen äußern die Befragten außerdem vor allem beim

---

21 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2024): Vierter Engagementbericht.

Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Berlin, S. 7. Online unter:

[www.bmfsfj.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07961b92a09e5e99ffc/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07961b92a09e5e99ffc/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

22 Rau, J. (2023). Digitale Turbulenzen: Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten des digitalen Umbruchs, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Netzkulturen und Plattformpolitiken, Band 14. Jena, S. 19. Online unter: [www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFs\\_WsD14/WsD14\\_Beitrug\\_Jan\\_Rau.pdf](http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WsD14/WsD14_Beitrug_Jan_Rau.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

23 DigiPäd 24/7 (2022): Das Recht junger Menschen auf analog-digitale Teilhabe verwirklichen – Empfehlungen für stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Internate. TH Köln und Universität Hildesheim, S. 5 ff. Online unter: [doi.org/10.18442/211](https://doi.org/10.18442/211) [Zugriff am 24.3.2025].

24 Henschelmann, K.-P./Meijer, L./Saueremann, P. unter Mitarbeit von Kroiß, A.-L./Sarnau, D. (2024): Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren. Teilbericht 4 des Projekts „Ermittlungen von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Deutsches Jugendinstitut (Hg.), München, S. 27 f. Online unter: [www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann\\_et\\_al-Standardisierte-Online-Erhebung-mit-Jugendlichen-und.pdf?sequence=1](http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann_et_al-Standardisierte-Online-Erhebung-mit-Jugendlichen-und.pdf?sequence=1) [Zugriff am 24.3.2025].

25 Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher\*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hg.) (2024): Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin. Online unter: [kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie\\_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf](http://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

26 Ebd., S. 55.

Schutz der Privatsphäre im Internet, aber auch in Hinblick auf emotionale, psychologische und rechtliche Beratung.<sup>27</sup>

- *Fachkräfte werden zur Zielscheibe undemokratischer Kräfte:* Gerade dort, wo das völkisch-rechtsextreme Lager dominiert, geraten Fach- und Leitungskräfte, die sich für eine demokratische, diverse und inklusive Gesellschaft einsetzen, zunehmend in Bedrängnis und werden Zielscheibe von Attacken – häufig entzündet oder verstärkt im digitalen Raum. Immer häufiger werden Träger von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe z. B. durch eine Politisierung von Finanzierungen oder Prüfverfahren in ihrem Bestand bedroht.<sup>28 29</sup>

## **Forderungen für eine starke Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen**

Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft, sondern bereits heute ein aktiver Teil der Gesellschaft. Sie müssen als vollwertige Akteur\*innen anerkannt und ernst genommen werden. Dafür braucht es verbindliche politische Maßnahmen zur Stärkung ihrer Rechte, zur Demokratisierung von Bildungsinstitutionen und zur Sicherstellung gleichberechtigter digitaler sowie europäischer Teilhabe.

### **Demokratie stärken – Junge Menschen beteiligen**

- **Kinder- und Jugendgipfel kann nur der Anfang sein; Partizipation muss strukturell abgesichert werden:** Beteiligung darf nicht vom guten Willen Einzelner abhängen – es braucht klare gesetzliche Regelungen für die Mitbestimmung mit echten Einflussmöglichkeiten junger Menschen auf allen Ebenen. Ein kinder- und jugendpolitischer Beirat im Kanzleramt sowie ein Jugendbeauftragter der Bundesregierung sollen die Perspektiven junger Menschen auf höchster politischer Ebene und auf Dauer angelegt vertreten.
- **Eigenständige Jugendpolitik fortführen und stärken:** Die Eigenständige Jugendpolitik als Politikansatz, der die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in den Mittelpunkt ressortübergreifenden politischen Handelns stellt, muss weitergeführt und durch entsprechende Koordination und Zusammenarbeit der Ministerien und föderalen Ebenen gestärkt werden.
- **Wahlalter absenken und Kinderrechte im Grundgesetz verankern!** Junge Menschen müssen politische Mitbestimmung erhalten. Das Wahlalter sollte auf allen föderalen Ebenen auf maximal 16 Jahre gesenkt und Kinderrechte sollten als Grundrechte verankert werden.
- **Demokratiebildung endlich nachhaltig fördern!** Politische Bildung und Jugendbeteiligung brauchen langfristige Finanzierungsstrukturen statt befristeter

---

27 Henschelmann, K.-P./Meijer, L./Sauermann, P. unter Mitarbeit von Kroiß, A.-L./Sarnau, D. (2024): Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren. Teilbericht 4 des Projekts „Ermittlungen von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Deutsches Jugendinstitut (Hg.), München, S. 5. Online unter: [www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann\\_et\\_al-Standardisierte\\_Online-Erhebung\\_mit\\_Jugendlichen\\_und.pdf?sequence=1](http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann_et_al-Standardisierte_Online-Erhebung_mit_Jugendlichen_und.pdf?sequence=1) [Zugriff am 24.3.2025].

28 Sommer, M./Ratzmann, N. (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft. Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DeZIM Research Notes DRN #10 | 22, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), S. 3. Online unter: [www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-5334.pdf](http://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5334.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

29 Siehe hierzu auch das Interview „Studie zur Jugendpolitik der AfD: “Man erkennt Strategien, die auf eine autoritär-nationalistisch verfasste Gesellschaft abzielen“. Online unter: [www.uni-hamburg.de/newsroom/forschung/2020/1124-afd-jugendpolitik.html](http://www.uni-hamburg.de/newsroom/forschung/2020/1124-afd-jugendpolitik.html) [Zugriff am 24.3.2025].



Projektmittel. Der Bund muss gemeinsam mit Ländern und Kommunen klare Zuständigkeiten und ausreichend Mittel für Demokratiebildung bereitstellen. Dazu gehört (die im Koalitionsvertrag vorgesehene) Aufstockung und Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes; Selbiges muss für die Landesjugendpläne vorgesehen werden. Ein echtes Demokratiefördergesetz darf nicht nur bestehende Programme absichern, sondern muss neue, mutige Wege gehen: Demokratiebildung und politische Bildung müssen gestärkt, zivilgesellschaftliche Organisationen nachhaltig finanziert und demokratiefeindliche Strukturen konsequent bekämpft werden.

- **Engagement muss barrierefrei werden!** Junge Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, sich in Freiwilligendiensten zu engagieren und internationale Demokratieerfahrungen zu sammeln. Dafür braucht es einen Rechtsanspruch und eine ausreichende Ausstattung der Freiwilligendienste. Die im aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehene Erhöhung von Stellen und Finanzmitteln für die Freiwilligendienste ist nach den Kürzungen der letzten Jahre ein erster Schritt zurück auf den richtigen Weg. Darüber hinaus ist eine Ausweitung und Anerkennung der Jugendleiter\*in-Card (Juleica)<sup>30</sup> über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus, etwa in Kommunen, in Verbindung mit Vergünstigungen für die Freiwilligen, wie kostenlose ÖPNV-Nutzung, angezeigt. Der\*die neue Staatsminister\*in für Ehrenamt und Sport im Kanzleramt muss die Perspektive junger Engagierter besonders berücksichtigen und politisch stärken.
- **Fachkräfte und engagierte junge Menschen vor Übergriffen demokratiefeindlicher Kräfte schützen!** Es braucht effektive Schutzmechanismen, verlässliche Beratungsangebote, klare politische Rückendeckung und sichere Arbeitsbedingungen für alle, die sich in Bildung, Jugendarbeit und Zivilgesellschaft für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte einsetzen. Dazu gehört auch eine deutliche Abgrenzung aller demokratischen Kräfte zu demokratiefeindlichen und rechtsextremen Parteien und Einstellungen sowie ein Eintreten für Demokratie und eine offene, starke Zivilgesellschaft.<sup>31</sup>
- **Demokratie lernen heißt Demokratie leben:** Die Kinder- und Jugendhilfe muss in allen Arbeitsbereichen selbst demokratischer werden und junge Menschen stärker in ihre eigenen Strukturen einbinden. Jugendverbände, Jugendsozialarbeit und offene Kinder- und Jugendarbeit müssen in der Demokratiebildung gestärkt werden. Schulen müssen zu Orten aktiver demokratischer Erfahrung werden. Demokratiebildung darf nicht nur als Projekt in den Ganztagsbereich abgeschoben werden – sie muss von Anfang an im Schulunterricht stattfinden.
- **Grenzüberschreitende Partizipation für mehr Demokratie:** Alle jungen Menschen müssen europäische Demokratie als real erfahrbar erleben – durch Austauschprogramme, politische Bildungsangebote und grenzüberschreitende Partizipationsmöglichkeiten.
- **Hürden für Mobilität senken:** Europäische und internationale Jugendprogramme müssen allen jungen Menschen offenstehen, unabhängig von sozialem Status oder Herkunft. Die finanziellen, organisatorischen und sprachlichen Hürden für Mobilität müssen gesenkt werden.

---

30 Mehr zur Juleica unter [www.juleica.de/](http://www.juleica.de/) [Zugriff am 24.3.2025].

31 Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2024): Leitlinien der AGJ zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteuren. Online unter: [www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2024/AGJ-Leitlinien\\_zum\\_Umgang\\_mit\\_der\\_AfD.pdf](http://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2024/AGJ-Leitlinien_zum_Umgang_mit_der_AfD.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

## Demokratie und Teilhabe auch in digitalen Räumen sichern!

- **Digitalpakt Kinder- und Jugendhilfe einführen:** Alle jungen Menschen müssen unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund und ihrem Lebensumfeld Zugang zu digitalen Endgeräten, Internetverbindungen und digitalen Bildungsangeboten haben. Bestehende Investitionsprogramme im Bereich Digitalisierung sind zu einseitig auf Schule fokussiert. Es braucht einen umfassenden DigitalPakt für die Kinder- und Jugendhilfe, der fachliche Standards setzt und eine angemessene Ausstattung sicherstellt. Dieser Pakt sollte die digitale Infrastruktur stärken, insbesondere auch in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, und die digitale Teilhabe aller jungen Menschen gewährleisten.
- **Medienkompetenz systematisch fördern:** Die Vermittlung von Medienkompetenz muss integraler Bestandteil der Bildungsarbeit sein. Schulische und außerschulische Akteure müssen einen kritischen und reflektierten Umgang mit digitalen Medien fördern. Dies umfasst sowohl technische Fähigkeiten als auch ethische und soziale Aspekte der Nutzung digitaler Medien.
- **Umgang mit Hassrede im Netz verbessern:** Angesichts der hohen Prävalenz von Hasskommentaren im Internet ist es notwendig, spezifische Unterstützungsangebote für junge Menschen zu entwickeln. Dies umfasst sowohl präventive Maßnahmen zur Förderung einer respektvollen Online-Kommunikation als auch Interventionsstrategien, um Betroffene zu schützen und zu stärken. Das setzt voraus, dass die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe selbst kompetent im Umgang mit sozialen Medien sind; sie sollten neben – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – Eltern verstärkt in den Blick genommen werden. In die geplante Expertenkommission zur Erarbeitung einer Strategie „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ müssen die Perspektiven junger Menschen selbst sowie die der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe einfließen.
- **Regulatorische und ethische Leitplanken entwickeln:** Politik ist auf nationaler und europäischer Ebene gefordert, regulatorische Leitplanken für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) zu setzen, die eine sichere, vertrauensvolle Nutzung ermöglichen, ohne Partizipation und Innovation zu blockieren. Hassrede, Desinformation und digitale Gewalt müssen konsequenter bekämpft werden. Plattformbetreiber müssen stärker in die Verantwortung genommen und verpflichtende Schutzmechanismen eingeführt werden. Der zunehmende Einsatz von KI im sozialen Bereich erfordert die Entwicklung und Implementierung ethischer Leitlinien, die sicherstellen, dass KI-Anwendungen gemeinwohlorientiert und im Sinne der Adressat\*innen eingesetzt werden.

## II. Generation und Investition – es braucht einen fairen Deal

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Zeit – für heutige und kommende Generationen. Ohne entschlossenes politisches Handeln wird sie alle anderen Herausforderungen überschatten. Gleichzeitig steht Deutschland vor demografischen Herausforderungen: Die Veränderungen in der Altersstruktur stellen die Sozialsysteme vor wachsenden Anpassungsbedarf, während Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz nicht in ausreichendem Umfang erfolgen. Junge Menschen müssen steigende Kosten für Renten und Pflege tragen, während soziale Ungleichheiten wachsen und der Fachkräftemangel die Lage verschärft. Zudem droht eine demokratische Schieflage: 2025 sind 42,1 % der Wahlberechtigten über 60 Jahre alt, nur 13,3 % unter 30.<sup>32</sup> Politische Akteure verstärken die Besitzstandswahrung Älterer – eine nachhaltige Demokratie braucht einen fairen Generationenvertrag, der die Zukunft junger Menschen aktiv sichert.

### 1. Trotz Krisen und Sorgen eine optimistische Jugend

Junge Menschen in Deutschland stehen vor enormen Herausforderungen. Wirtschaftliche Unsicherheiten, die Sorge vor Krieg, der Klimakrise, eine zunehmende soziale Spaltung sowie der demografische Wandel prägen ihre Zukunftserwartungen. Hierbei beeinflusst der Bildungshintergrund, welche Sorgen im Vordergrund stehen.<sup>33</sup> Viele junge Menschen sehnen sich nach Stabilität, Sicherheit und Unabhängigkeit – mit festem Job, eigenem Zuhause und finanzieller Absicherung. Unter anderem hohe Mieten und wirtschaftliche Unsicherheiten erschweren dies.

- *Über die Hälfte blickt optimistisch auf die Zukunft der Gesellschaft:* Etwa 76 % sind überzeugt, dass Deutschland ihnen die Chancen bietet, ihre Lebensziele zu erreichen, und 71 % glauben, dass die Gesellschaft gemeinsam eine lebenswerte Zukunft schaffen kann.<sup>34</sup> Trotz dieses positiven Ausblicks auf die Gesellschaft blicken nur 52 % optimistisch auf die eigene Zukunft.<sup>35</sup>
- *Große Sorge vor einem Krieg in Europa:* 2024 standen bei Jugendlichen vor allem zwei Ängste im Vordergrund: Die Furcht vor einem Krieg in Europa (81 %) sowie die Sorge um die wirtschaftliche Lage und eine mögliche Zunahme der Armut (67 %).<sup>36</sup>
- *Angst vor Ausländerfeindlichkeit:* Vor wachsender Feindseligkeit zwischen den Menschen (64 %) sorgen sich ebenfalls mehr Jugendliche. Diese Betroffenheit ist bei den Jugendlichen ähnlich hoch ausgeprägt wie die Angst vor Ausländerfeindlichkeit (58 %), die nach wie vor deutlich häufiger genannt wird als die Angst vor weiterer Zuwanderung (34 %).<sup>37</sup>

### 2. Investitionen für eine bessere Zukunft statt Spardiktaten

Die Herausforderungen, mit denen junge Menschen konfrontiert sind, werfen die zentrale Frage auf, wie eine lebenswerte Zukunft gestaltet werden kann und wie sie finanziert wird. Notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes sind der verfestigten Kultur des

---

32 Statistisches Bundesamt, Online unter: [statista.com/statistik/daten/studie/1498/umfrage/altersstruktur-der-wahlberechtigten-bundestagswahl/](https://www.destatis.de/DE/Presseportal/Neuerscheinungen/Ergebnisse/Ergebnisse.html?__lang=en). [Zugriff am 24.3.2025].

33 Albert, M./Quenzel, G./de Moll, F. et al. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim/Basel. S. 270 f.

34 Ebd. S. 16.

35 Ebd. S. 26 f.

36 Ebd. S. 13.

37 Ebd. S. 14.

Sparens in Deutschland lange zum Opfer gefallen. Immer wieder werden Sozialausgaben als Luxus statt als Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft dargestellt.

- *Deutschland hat große finanzielle Ressourcen:* Kein Land in der Welt häuft pro Jahr mehr Geld an als die Bundesrepublik, sie hat seit 2005 meist mehr als 200 Milliarden Euro jährlich an Nettoersparnissen aufgebaut und ins Ausland verliehen.<sup>38</sup>
- *Einsparungen gehen zulasten junger Menschen:* Um die Neuverschuldung Deutschlands zu begrenzen, sollten in der letzten Legislaturperiode 20 Milliarden Euro eingespart werden.<sup>39</sup> Die Kürzungen zielten hier einmal mehr auf den sozialen Bereich, was auch die Ausgaben für Kinder und Jugendliche betrifft.<sup>40</sup>
- *Sinnvolle Ausgaben sind die Einnahmen von morgen:* Progressive Finanzexperten betonen, dass Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung entscheidend für die Generationengerechtigkeit und die Sicherung des Wohlstandes sind.<sup>41</sup> Ohne ausreichende Investitionen riskiert Deutschland, kommende Generationen mit maroden Straßen, veralteten Schulen und einer unzureichenden digitalen Infrastruktur zu belasten. Zudem verschärfen fehlende Investitionen soziale Ungleichheit, da junge Menschen aus einkommensschwachen Familien besonders von mangelnden Bildungs- und Aufstiegschancen betroffen sind.<sup>42</sup>

### **3. Investitionen in Kinder und Jugendliche sind existenziell**

Investitionen in junge Menschen, Kinderrechte und kinder- und jugendgerechte Aktivitäten rentieren sich in vielfältiger Form:

- *Verwirklichung der Kinderrechte ist ein Standortvorteil:* Untersuchte Kommunen berichteten von Vorteilen durch sogenannte „Kinderrechts-Aktivitäten“, zu denen u. a. die institutionelle Verankerung von Kinderrechten in der Kommune, die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund, die Unterstützung beim Übergang von Schule in den Beruf, wohnortnahe Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie ein kinderfreundliches Wohnumfeld und Freizeitangebote gehören. Vorteile daraus zeigen sich etwa in Form eines verstärkten Zuzugs junger Menschen und Familien (85,6 % „trifft zu“ und „trifft eher zu“), einer Verbesserung des Stadtmarketings (71,6 %), einer positiven Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze (70,4 %) sowie eines allgemeinen Bevölkerungswachstums (66,7 %).<sup>43</sup>

---

38 Fratzscher, M. (Dezember 2023): Kluge Schulden heute sind der Wohlstand von morgen. Blog. Online unter: [www.diw.de/de/diw\\_01.c.889017.de/nachrichten/kluge\\_schulden\\_heute\\_sind\\_der\\_wohlstand\\_von\\_morgen.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.889017.de/nachrichten/kluge_schulden_heute_sind_der_wohlstand_von_morgen.html) [Zugriff am 24.3.2025].

39 Der Spiegel 16/2023 (14.4.2023): Lindner will 20 Milliarden Euro sparen. Online unter: [www.spiegel.de/wirtschaft/haushalt-christian-lindner-will-20-milliarden-euro-sparen-a-fce5b550-a62c-429a-9ddf-7b21181a04bd](http://www.spiegel.de/wirtschaft/haushalt-christian-lindner-will-20-milliarden-euro-sparen-a-fce5b550-a62c-429a-9ddf-7b21181a04bd) [Zugriff am 24.3.2025].

40 Der PARITÄTISCHE – Gesamtverband O. D.: Haushalt 2024: Drastische Sozialkürzungen. Online unter: [www.der-paritaetische.de/presse-kampagnen/sozialkuerzungenstoppen/](http://www.der-paritaetische.de/presse-kampagnen/sozialkuerzungenstoppen/) [Zugriff am 24.3.2025].

41 Marcel Fratzscher. Fratzscher, M. (Dezember 2023): Kluge Schulden heute sind der Wohlstand von morgen. Blog. Online unter: [www.diw.de/de/diw\\_01.c.889017.de/nachrichten/kluge\\_schulden\\_heute\\_sind\\_der\\_wohlstand\\_von\\_morgen.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.889017.de/nachrichten/kluge_schulden_heute_sind_der_wohlstand_von_morgen.html) [Zugriff am 24.3.2025].

42 Ebd. sowie BAG KJS (2022): Monitor Jugendarmut 2022. Online unter: [www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut-2022/interview-fratzscher/](http://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut-2022/interview-fratzscher/) [Zugriff am 25.4.2025]. Weiter auch hier: Tagesschau (21.11.2019): „Wir gefährden den Wohlstand der Zukunft“. Online unter: [www.tagesschau.de/inland/schwarze-null-fratzscher-101.html?com](http://www.tagesschau.de/inland/schwarze-null-fratzscher-101.html?com) [Zugriff am 24.4.2025].

43 Schleiermacher, T./Schade, P./Bolwin, L./Pohl, P. (2020): Kinderrechte in Kommunen: Stand und Perspektiven. Eine empirische Studie zur Umsetzung von Kinderrechten auf kommunaler Ebene, S. 31. Online

- *Mangelnde Investitionen führen zur Zunahme demokratiefeindlicher Kräfte:* Der Rückbau von Infrastruktur und fehlende soziale sowie kulturelle Angebote führen zu ungenutzten Räumen, die radikale und demokratiefeindliche Gruppen bereits jetzt schon teilweise nutzen. Besonders zwischen Stadt und Land wachsen soziale Ungleichheiten. Wichtig ist daher, junge Menschen nicht nur zu halten, sondern auch ihre Teilhabe zu sichern.<sup>44</sup>
- *Investitionen in benachteiligte junge Menschen bringen fiskalische Vorteile:* Laut einer Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zum Startchancen-Programm führt der gezielte Mitteleinsatz für benachteiligte Kinder langfristig zu erheblichen fiskalischen Vorteilen. Den vorgesehenen 20 Milliarden Euro staatlicher Ausgaben stehen positive Effekte von 56 bis 113 Milliarden Euro gegenüber – etwa durch höhere Steuereinnahmen und geringere Transferleistungen dank besserer Schulabschlüsse. Selbst bei nur 50 % Zielerreichung bliebe ein Nettoüberschuss von über 36 Milliarden Euro. Ein Ausbau des Programms auf 80 Milliarden Euro für 40 % der Schulen könnte laut IW einen Nutzen von 102 bis 285 Milliarden Euro bringen.<sup>45</sup>

## **Forderungen für einen fairen Deal**

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist mit Blick auf den Sozialstaat ein generationales Ungleichgewicht erkennbar, beispielsweise wenn es um Sparmaßnahmen bei den Angeboten für junge Menschen oder fehlende Investitionen in Bildung geht. Aus diesem Grund muss der Diskurs über Generationengerechtigkeit und den gesellschaftlichen Generationenvertrag weiter vorangetrieben werden. Dabei geht um politische und gesetzliche Maßnahmen und Investitionen in die Zukunft junger Menschen und ihrer Familien.

1. **Achtsam und sinnvoll Schulden machen – Zukunft sichern:** Nachhaltige Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur sind entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Sie sind unverzichtbar, um jungen Menschen faire Chancen zu bieten und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Die Ende März d. J. beschlossene Lockerung der Schuldenbremse muss daher genau in diesem Sinne genutzt werden. Dabei müssen die Perspektiven junger Menschen in die Arbeit der Kommission zur Reform der Schuldenbremse einfließen. Es braucht eine nachhaltige Finanzierung der Sozialsysteme, die eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen gewährleistet. Die Sozialversicherungssysteme müssen so reformiert werden, dass ihre langfristige Stabilität gesichert ist, ohne die junge Generation übermäßig zu belasten.
2. **Soziale Infrastruktur stärken:** Eine bedarfsgerecht ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe ist essenziell, denn die Kinder- und Jugendhilfe trägt zur Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe bei. Kinder- und Jugendhilfe stärkt soziale und wirtschaftliche Teilhabe durch Bildungsförderung, Wohnraumvermittlung und finanzielle Unterstützung – und leistet einen Beitrag zur Verringerung von Ungleichheit, um allen jungen Menschen

---

unter: [www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Gutachten/PDF/2020/Gutachten-Unicef-Kinderrechte-in-Kommunen.pdf](http://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2020/Gutachten-Unicef-Kinderrechte-in-Kommunen.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

44 Krüger, C. (2022): Engagement recht(s) extrem: Einflussnahmen der extremen Rechten auf soziales Engagement. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Band 35, Heft 3.

45 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (2024): *Investitionen in Kinder wirkungsvoll gestalten*, S. 3. Berlin. Online unter:

[www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Gutachten/PDF/2024/Gutachten\\_Investitionen\\_in\\_Kinder\\_UNI\\_CEF\\_2024.pdf](http://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2024/Gutachten_Investitionen_in_Kinder_UNI_CEF_2024.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

unabhängig von Herkunft und sozialem Status gleiche Chancen zu ermöglichen. Investitionen hier sind keine Subventionen, sondern ein Beitrag zum Wohlstand aller. Zur Absicherung und Stärkung der Infrastruktur und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe müssen daher über die kommenden 10 Jahre mindestens 10 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für Infrastruktur in einen neu einzurichtenden Nationalen Fonds Kinder- und Jugendhilfe fließen.<sup>46</sup>

3. **Wachsende soziale Ungleichheiten bekämpfen:** Die Verteilung öffentlicher Mittel muss stärker an den Prinzipien der Generationengerechtigkeit ausgerichtet werden. Ein systematisches Youth Budgeting<sup>47</sup> kann ein sinnvolles Instrument für eine generationengerechte Haushaltspolitik sein. Damit soll dafür gesorgt werden, dass der Haushalt so ausgerichtet ist, dass junge und zukünftige Generationen ihre Fähigkeiten entfalten können. Zudem wird damit fiskalpolitisch gegen die ungleiche Verteilung von Ressourcen vorgegangen, die die Chancen benachteiligter junger Menschen einschränken könnten.
4. **In Klimagerechtigkeit auch in der Kinder- und Jugendhilfe investieren:** Es braucht ein Investitionsprogramm für eine nachhaltige Kinder- und Jugendhilfe. Dieses fördert klimagerechtes Handeln und setzt sich durch gezielte Lobbyarbeit und direkte Maßnahmen für die damit verbundenen Ziele ein.
5. **Ein verpflichtender und verbindlicher Jugend-Check:** Dieser ist als Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung, das alle Gesetzesvorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen prüft, auf allen politischen Ebenen essenziell und unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen (Art. 3 UN KRKR). Damit wird sichergestellt, dass politische Entscheidungen die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen und Generationengerechtigkeit als leitendes Prinzip in der Politik verankert wird. Ein Jugend-Check muss auch die Gesetzesvorhaben, die mit der geplanten Reform der Schuldenbremse sowie der Verteilung des Sondervermögens für Infrastruktur einhergehen, prüfen.

---

46 Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (28.3.2025): Aufruf: In die Zukunft der Kinder, Jugendlichen und Familien investieren – Für starke kommunale Strukturen und eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe. Online unter: [www.ism-mz.de/fileadmin/uploads/Aktuelles/Aufruf\\_Fonds\\_Kinder-\\_und\\_Jugendhilfe\\_28-03-2025.pdf](http://www.ism-mz.de/fileadmin/uploads/Aktuelles/Aufruf_Fonds_Kinder-_und_Jugendhilfe_28-03-2025.pdf) [Zugriff: 16.4.2025].

47 FiscalFuture e. V. (November 2024): Die Zukunft finanzieren. Youth Budgeting als Instrument für mehr Generationengerechtigkeit in der deutschen Haushaltspolitik. Online unter: [www.fiscalfuture.de/media/pages/fachtexte/studie-youth-budgeting-als-instrument-fuer-mehr-generationengerechtigkeit/8706073cb2-1734962978/fiscalfuture-2024-\\_die-zukunft-finanzieren.pdf](http://www.fiscalfuture.de/media/pages/fachtexte/studie-youth-budgeting-als-instrument-fuer-mehr-generationengerechtigkeit/8706073cb2-1734962978/fiscalfuture-2024-_die-zukunft-finanzieren.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

### III. Junge Vielfalt anerkennen und fördern – für eine gerechte und inklusive Gesellschaft

Kinder und Jugendliche sind keine homogene Gruppe – sie unterscheiden sich in Herkunft, Familienformen, Bildungswegen, geschlechtlicher Identität und sozialen Lebenslagen. Eine moderne Kinder- und Jugendhilfe, die den gesetzlichen Auftrag nach § 1 des SGB VIII umsetzen will, muss diese Vielfalt anerkennen und sicherstellen, dass alle jungen Menschen gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben. Migration, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, soziale Herkunft oder Bildungszugang dürfen keine strukturellen Hürden sein. Stattdessen braucht es gezielte Maßnahmen, um Benachteiligungen abzubauen und die Potenziale junger Menschen zu stärken.

#### 1. Migration als gesellschaftliche Realität – Chancen statt Abschottung

Deutschland ist ein Einwanderungsland, steht aber nach der Bundestagswahl 2025 vor einer entscheidenden Weichenstellung in der Migrationspolitik: Während einige Parteien Migration zunehmend als Problem darstellen und auf Abschottung setzen, zeigen wissenschaftliche Analysen, dass Deutschland auf Zuwanderung angewiesen ist – wirtschaftlich, gesellschaftlich und demografisch.<sup>48</sup> Die Kinder- und Jugendhilfe spielt für ein Gelingen der notwendigen Zuwanderung eine Schlüsselrolle: Sie unterstützt junge Menschen mit Migrationsgeschichte, fördert Integration und stärkt das gesellschaftliche Miteinander.

- *Fast die Hälfte der jungen Menschen hat einen Migrationshintergrund:* Mit 42 % der unter 18-Jährigen<sup>49</sup> in Deutschland haben knapp die Hälfte der zukünftigen Erwachsenen eine Einwanderungsgeschichte. Die Zuwanderung nach Deutschland ist unterschiedlich geprägt. Am bedeutendsten ist die Zuwanderung aus Europa (zumeist Arbeits-, aber auch Bildungsmigration), daneben gibt es Zuwanderung von Nicht-EU-Staatsangehörigen aus humanitären Gründen, aus familiären Gründen sowie ebenso Bildungs- und Arbeitsmigration und Zuzug sogenannter Spätaussiedler\*innen<sup>50</sup>.
- *Der Arbeitsmarkt braucht Zuwanderung:* Deutschland braucht jährlich zusätzlich etwa 288.000 neue Arbeitskräfte aus dem Ausland, um die wirtschaftliche Stabilität zu sichern<sup>51</sup>.
- *Willkommenskultur ist auch ein Standortfaktor:* Diskriminierung und fremdenfeindliche Stimmung sowie die Wahlerfolge der AfD wirken abschreckend: Studien zeigen, dass

---

48 Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2024): Zuwanderung und Arbeitsmarkt. Eine Analyse für Deutschland und die Bundesländer. Online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zuwanderung-und-arbeitsmarkt](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zuwanderung-und-arbeitsmarkt) sowie [www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/november/ohne-zuwanderung-geht-die-zahl-der-arbeitskraefte-in-deutschland-bis-2040-deutlich-zurueck](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/november/ohne-zuwanderung-geht-die-zahl-der-arbeitskraefte-in-deutschland-bis-2040-deutlich-zurueck) [Zugriff am 24.3.2025]; außerdem Steinmayr, A. (2021): Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Zuwanderung. Online unter: [www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/344326/die-wirtschaftlichen-auswirkungen-von-zuwanderung/](http://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/344326/die-wirtschaftlichen-auswirkungen-von-zuwanderung/) [Zugriff am 24.3.2025].

49 Sachverständigenrat für Integration und Migration (2024): Fakten zur Einwanderung in Deutschland, S. 2. Online unter: [www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2024/12/SVR-Kurzbuendig\\_Einwanderung\\_2024.pdf](http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2024/12/SVR-Kurzbuendig_Einwanderung_2024.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

50 Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Stand 2025): Migrationsbericht der Bundesregierung 2023. Berlin/Nürnberg, S. 37 ff. Online unter: [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2023.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=22](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=22) [Zugriff am 24.3.2025].

51 Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2024): Zuwanderung und Arbeitsmarkt. Eine Analyse für Deutschland und die Bundesländer. S. 13. Online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zuwanderung-und-arbeitsmarkt](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zuwanderung-und-arbeitsmarkt) sowie [www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/november/ohne-zuwanderung-geht-die-zahl-der-arbeitskraefte-in-deutschland-bis-2040-deutlich-zurueck](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/november/ohne-zuwanderung-geht-die-zahl-der-arbeitskraefte-in-deutschland-bis-2040-deutlich-zurueck) [Zugriff am 24.3.2025].

internationale Fachkräfte in Deutschland negative Erfahrungen machen.<sup>52</sup> Nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund denken über einen Umzug nach.<sup>53</sup>

- *Diskussionen zu Zuwanderung nicht auf Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt begrenzen:* Die Betrachtung von Zuwanderung unter rein arbeitsmarktrelevanten Aspekten ist verkürzt. Denn in einer demokratischen Gesellschaft, die auf Menschenrechten und der Menschenwürde fußt, ist die Aufnahme von Geflüchteten, die etwa wegen Menschenrechtsverletzungen aus ihren Heimatländern fliehen, eine Pflicht.

## **2. Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – gesellschaftliche Realitäten anerkennen**

Gerade für die Heranwachsenden ist die Ausbildung ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität schon immer eine wesentliche Entwicklungsaufgabe. Die gesellschaftliche Wahrnehmung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Dennoch bleibt diese Realität für viele junge Menschen mit Herausforderungen verbunden. Geschützte Räume zur Verfügung zu stellen, die Identitätsbildung diskriminierungsfrei ermöglichen, ist eine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe.

- *Aufwachsen in geschlechtlicher und sexueller Vielfalt:* Rund 11 % der 14- bis 29-Jährigen identifizieren sich als queer.<sup>54</sup>
- *Zunehmender Hass und Gewalt:* Trotz gesellschaftlichen Fortschritts erleben viele queere junge Menschen Diskriminierung und Gewalt: Die Zahl der queergefeindlichen Straftaten hat sich seit 2010 fast verzehnfacht. 18,15 % aller Hasskriminalitätsfälle in Deutschland richteten sich 2023 gegen LSBTIQ\*-Personen.<sup>55</sup>

## **3. Aufwachsen mit Behinderung – Inklusion Realität werden lassen**

Junge Menschen mit und ohne Behinderung erhalten bisher Leistungen und Angebote immer noch anhand von zwei unterschiedlichen gesetzlichen Zuständigkeiten. Mit der Reform des SGB VIII sowie dem Gesetz zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG) sollte diese Ungleichbehandlung gelöst werden und die Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe zusammengeführt werden. Der letzte Schritt der Reform ist leider in der letzten Legislaturperiode nicht gelungen, obwohl die Zahlen die Notwendigkeit der Reform stützen:

- *Aufwachsen mit Behinderung:* Rund 3,6 % der unter 25-Jährigen in Deutschland leben mit einer anerkannten Behinderung – dies sind etwa 720.000 junge Menschen.<sup>56</sup>

---

52 OECD (2024) Der Weg nach Deutschland. Ergebnisse der Schlussbefragung einer Längsschnittstudie von an Deutschland interessierten Fachkräften aus dem Ausland (Oktober-Dezember 2023), S. 16. Online unter: [blog.oecd-berlin.de/wp-content/uploads/2024/01/OECD-Fachkraefte-migrationsbefragung-Jahresergebnisse-FINAL.pdf](https://blog.oecd-berlin.de/wp-content/uploads/2024/01/OECD-Fachkraefte-migrationsbefragung-Jahresergebnisse-FINAL.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

53 DeZIM Data.insights 14/2024: Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne – Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD, S. 7. Online unter: [www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-6191.pdf](http://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6191.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

54 DALIA RESEARCH (2016): Counting the LGBT population.

55 Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundeskriminalamt (Dezember 2024) Lagebericht zur kriminalitätsbezogenen Sicherheit von LSBTIQ\*, S. 8. Online unter: [www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI24043-lb-lsbtiq.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI24043-lb-lsbtiq.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [Zugriff am 24.3.2025].

56 Statistisches Bundesamt (2020): Öffentliche Sozialleistungen. Lebenslagen der behinderten Menschen – Ergebnis des Mikrozensus 2017. Publikation, S. 17. Online unter:



- *Familienformen unterscheiden sich*: Zudem wachsen junge Menschen mit Behinderungen häufiger bei einem alleinerziehenden Elternteil auf als ihre nichtbehinderten Altersgenoss\*innen.<sup>57</sup>
- *Entkoppelte Lebenswelten*: Junge Menschen mit Behinderungen wachsen immer noch häufig segregiert auf, da sie oft Förderschulen<sup>58</sup> besuchen und auch ihre Freizeit an anderen Orten und in anderen Räumen verbringen als nichtbehinderte junge Menschen.

#### **4. Bildungs- und Ausbildungssituationen junger Menschen wirken auf gesellschaftliche Teilhabe**

Die Startchancen junger Menschen in Deutschland sind ungleich und ihre Bildungswege verlaufen sehr unterschiedlich, wobei soziale Herkunft, Migrationsgeschichte und familiäre Rahmenbedingungen oft eine Rolle spielen. Dies kann langfristige Auswirkungen auf ihre beruflichen Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe haben.

- *Familie ist vielfältig*: 8,5 Millionen Familien mit Kindern unter 18 Jahren leben in Deutschland: Verheiratete Elternteile machen rund 69 %<sup>59</sup> innerhalb der verschiedenen Familienformen aus. Die Zahl der unverheirateten Eltern/Lebensgemeinschaften nimmt zu und macht bereits 12 %<sup>60</sup> aus. Die Anzahl Alleinerziehender steigt leicht auf 20 %, wobei hier 82 % Mütter in der Verantwortung stehen.<sup>61</sup> 2023 lebte 49 % der Familien mit einem minderjährigen Kind, 39 % mit zwei und 13 % mit drei oder mehr Kindern. 43 % der Familien mit minderjährigen Kindern sind eingewandert oder ein Elternteil ist nicht in Deutschland geboren.<sup>62</sup> Rund 207.000 junge Menschen wachsen in einer Pflegefamilie oder einer stationären Einrichtung auf.<sup>63</sup>
- *KiTas als Selbstverständlichkeit*: Die frühkindliche Bildung hat sich in den letzten Jahren ausgeweitet<sup>64</sup>: 91 % der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren (gut 2,2 Millionen Kinder) besuchen eine Kindertageseinrichtung oder Tagespflege. Die Betreuungsquote sank aber im Vergleich zu 2013 um 3 Prozentpunkte. Bei den unter 3-Jährigen liegt die Betreuungsquote bei 36 %.<sup>65</sup>

[www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft\\_derivate\\_00071402/5122123179004.pdf](http://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00071402/5122123179004.pdf); [Zugriff am 28.02.2025].

Sowie Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin, S. 209. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

57 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021): Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Berlin, S. 89. Online unter: [www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a125-21-teilhabebericht.html](http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a125-21-teilhabebericht.html); [Zugriff am 28.3.2025].

58 Bertelsmann Stiftung (2022) Inklusion in Deutschlands Schulen. Eine bildungsstatistische Momentaufnahme 2020/21. Autor Klaus Klemm, S. 13. Online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/BST-22-010\\_Inklusionszahlen\\_Klemm\\_8.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/BST-22-010_Inklusionszahlen_Klemm_8.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

59 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Familienreport 2024, S. 36 ff. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/239468/a09d21ecd295be59a9aced5b10d7c5b7/familienreport-2024-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/239468/a09d21ecd295be59a9aced5b10d7c5b7/familienreport-2024-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025]. → Rundungsfehler in Ausführungen und Grafik. Wert über 100 %.

60 Ebd.

61 Ebd., S. 37.

62 Ebd., S. 40.

63 Statistisches Bundesamt (2023). Online unter:

[www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/12/PD23\\_493\\_225.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/12/PD23_493_225.html) [Zugriff am 24.3.2025]

64 Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hg.) (2024): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, S. 69. Online unter: [www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Sozialbericht\\_2024\\_bf\\_k2.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

65 Ebd. Hinweis: Zum Stichtag 1. März 2023 – zum Vergleich: 2013 = 29 %

- *Gymnasien werden am häufigsten besucht:* Die meisten Schüler\*innen (Jahrgangsstufe 8) an weiterführenden Schulen besuchen 2023 ein Gymnasium (36,1 %), eine Realschule (17,1 %), eine Hauptschule (8,4 %) oder eine Integrierte Gesamtschule (20,8 %).<sup>66</sup>
- *Übergang zwischen Schule und Beruf für nicht wenige Jugendliche problematisch:* 2,9 Millionen junge Menschen, also fast 20 % der 20- bis 34-Jährigen, haben keinen formalen Bildungsabschluss. Jährlich starten rund 250.000 junge Menschen nicht direkt in eine Ausbildung, sondern ins Übergangssystem. Mehr als ein Drittel dieser Jugendlichen könnte eine Ausbildung absolvieren, wenn entsprechende Unterstützungsangebote zur Verfügung stünden.<sup>67</sup>

## **Forderungen für ein gutes Aufwachsen in Vielfalt**

Gelebte Vielfalt ist nur in einer demokratisch verfassten Gesellschaft möglich. In einer inklusiven und vielfältigen Gesellschaft haben Menschen die Möglichkeit, gleichberechtigt und unabhängig von Diversitätsmerkmalen teilzuhaben. Allerdings stehen junge Menschen aufgrund ihres Migrationshintergrunds, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, sozialer Herkunft oder Bildungszugang immer noch vor zahlreichen Hürden und sind Diskriminierungen ausgesetzt. Deswegen braucht es verschiedene Maßnahmen, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen:

1. **Migrationspolitik als Chance für eine vielfältige Gesellschaft nutzen:** Kinder- und Jugendhilfe, Bildungsangebote und Beratungsstellen müssen mehrsprachige und kultursensible Zugänge bieten. Migrantische Selbstorganisationen sind gezielt zu fördern, um gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung zu stärken. Für Kinder mit Migrationsgeschichte müssen qualitativ hochwertige und gezielte Fördermaßnahmen etabliert werden, um Bildungsungleichheiten abzubauen – dies beginnt bereits beim Zugang zur Kita. GEAS muss reformiert werden und europäische Asylpolitik muss sich an der UN-Kinderrechtskonvention orientieren: kindgerechte Unterbringung, faire Asylverfahren, Begleitung, gesicherter Zugang zu Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe ab Tag 1 sowie eine Reform der Dublin-Verordnung im Sinne des Kindeswohls anstatt – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – Zurückweisungen an den Außengrenzen, Einschränkung des Familiennachzugs und vorübergehende Inhaftierung Ausreisepflichtiger.
2. **Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt fördern und schützen:** Das Selbstbestimmungsgesetz muss erhalten und weiterentwickelt werden, denn der Grundrechtsschutz auf geschlechtliche Selbstbestimmung darf nicht zur Diskussion stehen. Rückabwicklung oder Verschlechterungen des Gesetzes sind inakzeptabel. Stattdessen müssen bestehende Lücken geschlossen und die Rechte queerer junger Menschen weiter gestärkt werden. Dies beinhaltet den Schutz queerer junger Menschen sowie den Ausbau von Angeboten für queere junge Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe und den Strukturen selbst.

<sup>66</sup> Statistisches Bundesamt (2025): Verteilung der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 auf die Schularten in Deutschland in den Jahren 2012 bis 2023. Online unter: [de.statista.com/statistik/daten/studie/1410396/umfrage/schueler-der-klassenstufe-8-nach-schularten/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1410396/umfrage/schueler-der-klassenstufe-8-nach-schularten/) [Zugriff am 24.3.2025].

<sup>67</sup> Bertelsmann Stiftung (2025): Jugendliche im Übergangssektor. Eine Befragung von Fachkräften. Gütersloh, S. 6. Online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/2025\\_Uebergangsbefragung.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/2025_Uebergangsbefragung.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

3. **Gesellschaftliche Barrieren abbauen und Teilhabe von Menschen mit Behinderung fördern:** Die begonnene Reform des SGB VIII muss mit dem Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKHG) zu Ende geführt werden, damit Länder und Kommunen Sicherheit erhalten und ihre Aufgaben bestmöglich erledigen können. Die Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit den Eingliederungshilfen braucht die Sicherheit, dass der beschrittene Weg im Interesse von Kindern mit Behinderungen und ihrer Familien erfolgreich zum Ziel geführt werden kann. So können junge Menschen mit Behinderungen bestmöglich unterstützt und ihre Teilhabe gewährleistet werden.
4. **Bildung für alle ermöglichen:** Frühkindliche Bildung muss durch mehr Kita-Plätze und bessere Qualität gestärkt werden. Mit einem Kitasozialindex können soziale Ungleichheiten gezielt bekämpft werden und faire Startchancen geschaffen werden. Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche müssen durch sozialpädagogische Begleitung verbessert werden – dafür braucht es eine starke Jugendsozialarbeit und eine Reform des Übergangssystems mit Fokus auf jungen Menschen. Junges Engagement muss gefördert und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert werden.
5. **Vielfalt fördern, Angebote ausbauen und diversifizieren:** Eine heterogene Gesellschaft benötigt eine vielfältige Kinder- und Jugendhilfe. Dazu gehören z. B. mehrsprachige Beratung, interkulturelle Bildungsangebote, inklusive Beteiligungsformate, queersensible Schutz- und Bildungsräume, barrierefreie Strukturen und geschlechtergerechte Jugendförderung. Kommunen müssen stärker in niedrigschwellige Zugänge investieren, um allen jungen Menschen und ihren Familien ihre Rechte auf Unterstützung zu ermöglichen.

## IV. Abgehängt jung sein – Eine Hypothek für Gegenwart und Zukunft!

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Trotzdem leben viele Menschen unter Armutsbedingungen. Wohlstand ist ungleich verteilt. Dabei gilt: Heute arm zu sein, bedeutet wahrscheinlich, auch zukünftig arm zu sein. Armut schränkt gesellschaftliche Teilhabe ein und beeinträchtigt so die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wer jung in Armut aufwächst, hat auch als Erwachsener schlechtere Chancen auf ein gutes Leben.

### 1. Armut von Kindern und Jugendlichen hat viele Gesichter

- *Jedes 5. Kind ist betroffen:* Kinder und Jugendliche (unter 18-Jährige) haben ein Armutsrisiko von 20,7 %.<sup>68</sup> Das heißt, jedes 5. Kind ist davon bedroht, aufgrund der Armut in der Familie nicht ausreichend an Angeboten teilhaben zu können, die seiner Entwicklung dienen (Sport, Kultur etc.). Seit Jahren gibt es hier kaum Veränderungen, Kinder- und Jugendarmut ist ein ungelöstes strukturelles Problem.
- *Armutsrisiko bei den 18- bis 24-Jährigen am höchsten:* Hier liegt die Quote bei 25,5 % und damit fast doppelt so hoch wie bei der Gruppe der über 64-Jährigen.<sup>69</sup> Das heißt, junge Menschen, die sich in schulischer, beruflicher oder hochschulischer Ausbildung befinden, haben deutlich eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten und damit schlechte Bedingungen, ihre Qualifikationen zu erwerben.
- *Kinder und Jugendliche, die im Haushalt Alleinerziehender aufwachsen, haben ein sehr hohes Armutsrisiko:* Deren Armutsrisiko liegt bei 59,6 %, wenn der/die Alleinerziehende nicht erwerbstätig ist, bei 25,6 % bei vorliegender Erwerbstätigkeit.<sup>70</sup>
- *Armutsrisiko bei Menschen mit Migrationshintergrund größer:* Schließlich ist die ungleiche Verteilung des Armutsrisikos abhängig davon, ob Personen bzw. Familien einen Migrationshintergrund haben. Während Menschen ohne Migrationshintergrund ein Armutsrisiko von 9 % aufweisen, liegt der Wert bei Personen, die in Deutschland geboren wurden, aber einen Migrationshintergrund aufweisen, bei 24 % und bei nicht in Deutschland geborenen und zugewanderten Menschen bei 32 % (Daten für 2018).<sup>71</sup>

Die Folgen dieser Armutslagen für die Betroffenen sind nicht nur materieller Natur. Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) geht Armut für Kinder und Jugendliche häufig mit vielen Ängsten einher. Vor allem die steigenden Mieten und Wohnkosten werden z. B. für Heranwachsende zur enormen Belastung. 54 % der Jugendlichen machen sich demnach Sorgen wegen hoher Mieten. Jede\*r zweite Auszubildende sowie zwei Drittel der Studierenden in Deutschland galten 2023 als durch Wohnkosten überlastet. Das bedeutet, dass sie mehr als 40 % ihres Einkommens fürs Wohnen

---

68 Laut Sozioökonomischem Panel (SOEP). Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2021): Neunter Familienbericht. Eltern sein in Deutschland. Berlin, S. 446. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/179392/195baf88f8c3ac7134347d2e19f1cdc0/neunter-familienbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/179392/195baf88f8c3ac7134347d2e19f1cdc0/neunter-familienbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

69 Ebd.

70 Ebd., S. 449.

71 Ebd., S. 449 f.

verwenden mussten.<sup>72</sup> 40 % aller Wohnungslosen, die 2024 in Einrichtungen untergebracht waren, waren jünger als 25 Jahre.<sup>73</sup>

## **2. Fehlende Teilhabe hat ihren Preis!**

Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, sind mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Sie haben oft eingeschränkten Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und angemessener Ernährung. Dies kann langfristige Auswirkungen auf ihre körperliche, emotionale und kognitive Entwicklung haben.

Es ist nicht einfach, über Armut zu sprechen: „*Deutschland ohne Geld geht gar nicht*“<sup>74</sup>, ist die Formulierung eines Jugendlichen im Rahmen einer Gruppendiskussion über Bedarfe junger Menschen. In Diskussionen mit Heranwachsenden zwischen sechs und 18 Jahren im Rahmen der Studie Children's Worlds+<sup>75</sup> war zu erkennen, dass ein persönlicher Bericht über fehlende finanzielle Ressourcen und Geldmangel in der Familie unangenehm ist und mit Scham einhergeht. Denn, so eine Vierzehnjährige: „*Man muss halt Andere um Hilfe bitten. Und man muss halt offen darlegen, dass man nicht genug Geld hat, was vielleicht peinlich ist*“<sup>76</sup>. In einer Gruppendiskussion mit 18-Jährigen, in der sie über Möglichkeiten, Geld zu sparen oder Geld für Konsumwünsche zur Verfügung zu haben, gesprochen wird, wird dies folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „*Geld, das ich unüberlegt ausgeben kann – Das würde ein reiches Kind niemals sagen, weil es das tut*“.<sup>77</sup>

Welche Priorität die gezielte, strategische Bekämpfung von Armut im Kindes-, Jugend- und jungen Erwachsenenalter für eine Gesellschaft und deren Politik hat, entscheidet somit stark über die persönlichen Lebenswege junger Menschen.

## **3. Armut kostet!**

Ökonomische Studien weisen darauf hin, mit welchen gesellschaftlichen Folgekosten gerechnet werden muss, wenn ein großer Anteil der jungen Generation über einen längeren Zeitraum oder über mehrere Phasen des Aufwachsens einen Mangel an Bildung, gesundheitlicher Versorgung, gesunder Ernährung, an Zuversicht auf eine gute Zukunft, an Anerkennung und Respekt erleidet.<sup>78</sup> Bei den Folgen für die Gesundheit liegt für armutsbetroffene Kinder das Risiko höher, gesundheitliche Probleme zu entwickeln und deshalb langfristig arbeitsunfähig zu werden oder Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen zu müssen.

Für Bildung gilt, dass der schlechtere Zugang zu Bildungsangeboten für armutsbetroffene Kinder zu niedrigeren Bildungsabschlüssen und begrenzten beruflichen Perspektiven führt. Hierdurch erhöht sich das Risiko von Arbeitslosigkeit, was langfristig gesellschaftliche Kosten

---

72 Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) (2025): Monitor Jugendarmut in Deutschland 2024/2025. Online unter: [www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/](http://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/) [Zugriff am 13.2.2025].

73 Statistische Bundesamt (Destatis) (2024): Ende Januar 2024 rund 439.500 untergebrachte wohnungslose Personen in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 282 vom 15. Juli 2024. Online unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24\\_282\\_229.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_282_229.html) [Zugriff am 27.3.2025].

74 Andresen, S./Wilmes, J./Möller, R. (2019): Children's Worlds+. Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Gütersloh, S. 136. Online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/childrens-worlds-gesamtauswertung](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/childrens-worlds-gesamtauswertung) [Zugriff am 27.3.2025].

75 Andresen, S./Wilmes, J./Möller, R. (2019): Children's Worlds+. Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Gütersloh.

76 Ebd., S. 153.

77 Ebd., S. 141.

78 DIW ECON (August 2023): Kosten (k)einer Kindergrundsicherung: Folgekosten von Kinderarmut. Kurzexpose für die Diakonie Deutschland. Online unter: [diw-econ.de/wp-content/uploads/Diakonie\\_DIWEcon\\_Kindergrundsicherung\\_v4.0.pdf](http://diw-econ.de/wp-content/uploads/Diakonie_DIWEcon_Kindergrundsicherung_v4.0.pdf) [Zugriff am 21.2.2025].

in Form von ausbleibenden Steuer- und Sozialabgaben und zusätzliche Transferleistungen zur Folge hat. Diese Kosten belaufen sich allein für Personen eines Jahrgangs mit unzureichender Bildung auf 1,5 Milliarden Euro jährlich.<sup>79</sup> Wenn finanzielle Mittel oder Raum zur sozialen Teilhabe für Kinder fehlen, hat dies langfristig nachteilige Auswirkungen auf das soziale Netzwerk, was sich wiederum negativ auf deren Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auswirkt. Armut verursacht langfristig höhere Sozialleistungen durch den Staat und gefährdet insgesamt die Teilhabe an und die Zustimmung zu einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

## **Forderungen zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut**

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur im Sinne der Rechte von Kindern und Jugendlichen, sondern auch gesamtgesellschaftlich und ökonomisch geboten, Kinder- und Jugendarmut zu beseitigen. In einem der reichsten Länder der Erde sollte Kinder- und Jugendarmut ein Fremdwort sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Politikbereiche Verantwortung übernehmen und sind gefordert zu überprüfen, ob sie Kinder- und Jugendarmut entgegenwirken oder ob sie diese verstärken. Erste Schritte hierzu können sein:

- 1. Einführung einer Kindergrundsicherung:** Die Einführung einer Kindergrundsicherung ist weiterhin notwendig; sie soll nicht nur bestehende Förderinstrumente und Leistungen zusammenführen und digitalisieren, sondern zu einer nachhaltig verbesserten Situation der betroffenen Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien beitragen.
- 2. Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur:** Diese muss so verbessert werden, dass Armut keine Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe mit sich bringt. Alle kulturellen, sportlichen Aktivitäten und sämtliche Bildungsangebote müssen für Armutsbetroffene kostenfrei zugänglich sein. Die in der EU-Kindergarantie vereinbarten Ziele müssen umgesetzt werden; der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ muss in der nun beginnenden Legislatur fortgeschrieben und weiterentwickelt werden.<sup>80</sup>
- 3. Vorrang von Armut betroffener Familien für angemessene und bezahlbare Wohnungen:** Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist ein Menschenrecht. Das muss durch eine hieran orientierte Wohnungsbaupolitik eingelöst werden.
- 4. Bessere Bedingungen für die Ausbildung und das Studium:** Zur Verbesserung der Mobilität von Auszubildenden und Studierenden sind zusätzliche und kostengünstige Wohnangebote an den Orten der Ausbildung zu schaffen. Hier sind der Staat und die Unternehmen in einer gemeinsamen Verantwortung. Sie profitieren durch spätere Steuereinnahmen und das Vorhandensein qualifizierter Fachkräfte.
- 5. Bessere Vergütung von Ausbildung und Weiterbildung:** Diese sind so zu vergüten und zu unterstützen, dass diese auskömmlich sind und zur Verselbständigung junger Menschen beitragen.
- 6. Verbesserung der Gesundheitschancen:** Die Folgen eines Aufwachsens in Armutslagen für die Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen über den Lebensverlauf müssen wahrgenommen und adressiert werden. Das im

---

<sup>79</sup> Ebd., S. i.

<sup>80</sup> Siehe auch Offener Brief: Der Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder in Deutschland eine hohe Priorität geben. Online unter [www.agj.de/fileadmin/files/250312\\_gemeinsamer\\_Brief\\_Kinderarmut\\_KoaV.pdf](http://www.agj.de/fileadmin/files/250312_gemeinsamer_Brief_Kinderarmut_KoaV.pdf) [Zugriff 16.4.2025].

Koalitionsvertrag 2025-2029 formulierte Ziel, die Bereiche Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit besser miteinander zu verzahnen, ist positiv zu bewerten; auch die geplante Stärkung der Frühen Hilfen als erfolgreicher Präventionsansatz und die Entwicklung einer Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ sind zu begrüßen.

## V. Junge Menschen in Ostdeutschland: Bewusstsein weiterentwickeln und den Wandel mitgestalten

Gesellschaftlicher Wandel kann Chancen eröffnen, aber auch Unsicherheit und Widerstände hervorrufen. Besonders in Ostdeutschland wirken die tiefgreifenden Umbrüche der Nachwendezeit bis heute nach und prägen das Aufwachsen junger Menschen. Während wirtschaftliche und soziale Herausforderungen bestehen, zeigen sich zugleich Ressourcen und Potenziale einer jungen Generation. Die Diskussion von Identitätsfragen, die Förderung demokratischer Teilhabe und die gezielte Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe in Ostdeutschland können zur Transformation beitragen. Dabei ist es entscheidend, die Perspektiven junger Menschen in Ostdeutschland stärker in den Fokus zu rücken.

### 1. Die Herausforderung: Wandel zwischen Chance und Bedrohung

#### **Skepsis und Unsicherheit**

Die Sachverständigenkommission für den 17. Kinder- und Jugendbericht stellt fest, dass die Ereignisse der deutschen Wiedervereinigung das Leben und Aufwachsen junger Menschen in Ostdeutschland immer noch nachhaltig negativ beeinflussen.<sup>81</sup> So bekommt auch die heutige Generation die Auswirkungen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels zu spüren. Für viele Familien waren die Umbrüche nach 1990 mit Unsicherheit, Fremdbestimmung und sozialem Abstieg verbunden.

Diese Erfahrungen hinterlassen Spuren. Wandel wird nicht als Aufbruch, sondern als Bedrohung empfunden, der über die Menschen in Ostdeutschland hinwegrollt. Statt Chancen stehen Risiken im Fokus und Zukunftssicherheit weicht Sorgen. Insbesondere belasten die jungen Menschen wirtschaftliche und soziale Zukunftsängste. Hieraus resultiert eine überwiegend defizitorientierte Wahrnehmung des Aufwachsens junger Menschen in Ostdeutschland. Zwei Drittel der Jugendlichen in Ostdeutschland fühlen sich benachteiligt.<sup>82</sup> In der Folge verlassen insbesondere gut ausgebildete junge Menschen viele ostdeutsche Regionen aufgrund der ökonomisch schlechteren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sowie der fehlenden Zukunftsfähigkeit.<sup>83</sup>

#### **Identitätsentwicklung zwischen Stolz und Sorgen**

Junge Menschen im Osten Deutschlands beschäftigen sich in spezifischer Weise mit Fragen zur eigenen Identität und biografischen Brüchen. Ostdeutsche Identitätsdiskurse zeichnen sich bis heute eher durch Abgrenzung von westlichen Werten und Ausdrucksformen als durch ein starkes kollektives Selbstbewusstsein aus. Die kulturelle Rückversicherung erfolgt oft durch Betonung von Unterschieden und nicht durch Offenheit. Dies führt zu einer (Selbst-)Wahrnehmung, die kaum Raum für Unterschiede zwischen Stadt und Land oder prosperierenden und strukturschwachen Regionen lässt.<sup>84</sup>

---

81 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin, S. 228 ff. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

82 Ebd., S. 229.

83 Tagesschau (3.10.2024): Weshalb junge Menschen Ostdeutschland verlassen. Online unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/abwanderung-ostdeutschland-100.html> [Zugriff am 16.4.2024].

84 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin, S. 229. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].



Gleichzeitig ist der Blick junger Menschen aus Ostdeutschland auf das Jungsein vielschichtig und mitunter ambivalent: Auf der einen Seite prägen wirtschaftliche Unsicherheiten, Abwanderung und ungleiche Entwicklungschancen die Wahrnehmung junger Menschen. Besonders ländliche Regionen stehen vor Herausforderungen wie eine schlechtere Infrastruktur, begrenzte Freizeit- und Kulturangebote sowie eine geringere wirtschaftliche Dynamik. Auf der anderen Seite gibt es eine starke Verbundenheit mit der eigenen Herkunft und ein wachsendes Selbstbewusstsein in Bezug auf die ostdeutsche Identität. Ein Teil der jungen Ostdeutschen sieht seine Herkunft als Ressource.<sup>85</sup> Ostdeutschland ist auch ein positiver sozialer und kultureller Erfahrungsraum. Das „Ostbewusstsein“ steht auch für ein neues Selbstbewusstsein, mit dem junge Menschen eigene Narrative prägen und Wandel gestalten.<sup>86</sup>

Allerdings werden diese positiven Narrative viel zu selten herausgestellt und zu wenig beachtet, beispielsweise Darstellungen junger Menschen, die sich erfolgreich engagieren, oder auch von prosperierenden Regionen sowie gesellschaftlichen Kräften, die – nicht selten auch gegen Widerstand – einen Beitrag für ein demokratisches Miteinander leisten.<sup>87</sup>

## **2. Demokratische Teilhabe und klassische politische Bildung unterstützen – jüngste Wahlergebnisse als Herausforderung**

Ostdeutsche Jugendliche blicken mit größerer Skepsis auf Demokratie und Politik: Nur 60 % sind mit der Demokratie zufrieden (Westen: 77 %).<sup>88</sup> Politische Ohnmacht ist verbreitet. Gleichzeitig fehlen in Ostdeutschland oft wirtschaftliche Perspektiven: Das Nettovermögen ostdeutscher Haushalte lag bei weniger als der Hälfte (43 %) des westdeutschen Durchschnitts<sup>89</sup>, Einkommen sind 17 %<sup>90</sup> niedriger. Sie stehen vor höheren Hürden am Arbeitsmarkt: mehr Niedriglohnjobs, weniger Tarifbindung, höhere Jugendarbeitslosigkeit. Ziel ist es deswegen, demokratische Teilhabe und politische Bildung zu stärken, um das Vertrauen in die Demokratie und die politische Selbstwirksamkeit junger Menschen zu fördern.

### **Forderungen: Ressourcen junger Menschen für die Transformation nutzen – Kinder- und Jugendhilfe in Ostdeutschland gezielt stärken**

Die junge Generation in Ostdeutschland besitzt Ressourcen, um gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten. Sie bringt Innovationskraft, Anpassungsfähigkeit und neue Perspektiven ein. Mit kreativen Ideen, Offenheit und Gestaltungswillen können junge

---

85 Als Beispiele können hier Valerie Schönian, Journalistin und Autorin, Hendrik Bolz, Rapper und Autor, sowie Lilly Blaudszun, politische Influencerin, genannt werden.

86 Mau, S. (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten bleibt, Frankfurt a.M.; Mau, S. (2024): Oststolz und Osttrotz. Die Fallstricke der ostdeutschen Identitäten, in: Blätter für deutsche internationale Politik, Heft 7, S. 93-102.

87 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin, S. 230. Online unter: [www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

88 Albert, M./Quenzel, G./de Moll, F. et al. (2024): Jugend 2024. 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, S. 69.

89 Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hg.) (2024): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland. Bonn, S. 222. Online unter: [www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Sozialbericht\\_2024\\_bf\\_k2.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf), [www.ihre-vorsorge.de/soziales/nachrichten/sozialbericht-2024-grosse-unterschiede-bei-vermoegen-zwischen-ost-und-west](http://www.ihre-vorsorge.de/soziales/nachrichten/sozialbericht-2024-grosse-unterschiede-bei-vermoegen-zwischen-ost-und-west) [Zugriff am 24.3.2025].

90 Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (2025), Online unter: <https://www.lohnspiegel.de/thematische-analysen-20014-14943.htm> [Zugriff am 27.3.2025].

Menschen die Transformation mitgestalten. Hierfür braucht es eine gezielte Unterstützung und Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Ostdeutschland.

- 1. Jugendbeteiligung in Ostdeutschland institutionell verankern und umsetzen:** Verbindliche Strukturen zur politischen Mitbestimmung junger Ostdeutscher müssen auf Landes- und kommunaler Ebene geschaffen und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Berücksichtigung ostdeutscher Erfahrungswerte und Unterstützung eines neuen Ostbewusstseins sind wichtig: Ein Aufbau regionaler Beteiligungsforen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zur Stärkung lokaler Stimmen und positiver Narrative müssen umgesetzt werden.
- 2. Qualitätsoffensive in der ostdeutschen Kinder- und Jugendarbeit:** Es braucht eine Stärkung der Fachkräfteausbildung mit Fokus auf Transformationsprozesse in Ostdeutschland, Demokratiebildung, Medienpädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Zudem müssen spezifische Programme zur Aufarbeitung ostdeutscher Transformationsgeschichten in die Jugendbildung integriert werden. Ein Ausbau der Jugendarbeit als Motor der Transformation mit Fokus auf ostdeutsche Biografien und Perspektiven ist immens wichtig.
- 3. Ausbau der sozialen Infrastruktur in Ostdeutschland:** Spezielle Programme zur Stärkung von Jugendangeboten in strukturschwachen ostdeutschen Regionen müssen umgesetzt werden und flächendeckende Konzepte für mobile Jugendarbeit und digitale Angebote, um insbesondere in ländlichen Regionen Erreichbarkeit und Zugänglichkeit zu Bildung, Freizeit und Beratung sicherzustellen, geschaffen werden. Dies braucht eine verstärkte Förderung von Jugendzentren in ostdeutschen Kleinstädten und Gemeinden sowie eine Stärkung des jungen Ehrenamtes durch gezielte Förderung regionaler Jugendinitiativen und sozialer Bewegungen in Ostdeutschland.
- 4. Anpassung der Finanzierungsmodelle für Ostdeutschland:** Spezielle Förderprogramme zur Stärkung ostdeutscher Kommunen sind die Basis einer wirksamen Kinder- und Jugendhilfe. Die Berücksichtigung ostdeutscher Strukturen in der finanziellen Ausstattung der Jugendarbeit durch EU, Bund und Länder muss gewährleistet sein. Und es braucht eine verstärkte Förderung von Initiativen, die gezielt ostdeutsche Transformationsprozesse begleiten und unterstützen.
- 5. Schutz von Fachkräften und Ehrenamtlichen:** Fachkräfte und Ehrenamtliche gegen Angriffe rechter Strukturen zu schützen, muss Priorität haben und braucht ein kraftvolles Handeln aller demokratischen Akteure auf allen politischen Ebenen und der Trägerstrukturen. In Bedrohungssituationen brauchen die Bedrohten die volle Solidarität und Unterstützung.

## VI. Fachkräftemangel: Wir sind viele, aber nicht genug!

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe verdoppelt (2010-2022). Und dennoch fehlen Fachkräfte: Der demografische Wandel macht in Gestalt eines höheren Ausstiegs älterer Beschäftigter auch vor der Kinder- und Jugendhilfe nicht halt. Der notwendige Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe kann aber ohne zusätzliche Fachkräfte nicht umgesetzt werden, die Erwartungen an die Gestaltung von Arbeitsplatzbedingungen machen zusätzliche Anstrengungen erforderlich.

### 1. Personalwachstum, aber keine Entspannung in Sicht

Die Zahl der in der Kinder- und Jugendhilfe (außerhalb des Ehrenamts) tätigen Personen hat sich von 651.783 in den Jahren 2006/2007 auf 1.174.999 Personen im Jahr 2022 erhöht: <sup>91</sup>

- bei Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) bundesweit von 429.590 (2007) auf 841.057 (2022) bzw. von 336.525 auf 683.111 Beschäftigte beim pädagogischen Personal, eine Entwicklung, die sich für Westdeutschland mit einer Zunahme von 264.684 auf 553.256 genauso bestätigt wie für Ostdeutschland mit einer Zunahme von 71.841 auf 129.855 tätige Personen<sup>92</sup>;
- bei Ganztagsangeboten für Kinder im Grundschulalter (Hortangebote) ist das pädagogische Personal bundesweit von 63.720 (2007) auf 75.860 (2022) angewachsen sowie für Westdeutschland von 46.505 auf 49.706 und für Ostdeutschland von 17.215 auf 26.154 Beschäftigte im angegebenen Zeitraum<sup>93</sup>;
- bei den Hilfen zur Erziehung bundesweit von 62.304 tätigen Personen bzw. 46.948 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) im Jahr 2006 auf 115.308 und 83.857 VZÄ im Jahr 2020 sowie für Westdeutschland von 36.390 auf 62.432 VZÄ und für Ostdeutschland von 10.558 auf 21.426 VZÄ im angegebenen Zeitraum <sup>94</sup>.

Rechnet man in so genannten Vollzeitäquivalente (VZÄ), um eventuelle „Teilzeiteffekte“ zu vermeiden, bestätigt sich der Trend steigender personeller Ressourcen nicht nur bundesweit, sondern auch für Ost- und Westdeutschland. Das heißt im Einzelnen:

- Für Deutschland insgesamt sind die VZÄ von 411.484 auf 776.997 gestiegen (+365.513, +89 %).
- Für Ostdeutschland nehmen die VZÄ von 96.007 auf 170.528 zu (+74.521, +78 %).
- Für Westdeutschland nehmen die VZÄ von 315.478 auf 606.469 zu (+290.991, +92 %).<sup>95</sup>

Der hier bis 2022 dokumentierte, steigende Trend bei den Beschäftigten hat sich für den Zeitraum bis 2024 weiter fortgesetzt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Datengrundlage zum Personal in den Arbeitsfeldern jenseits der Kindertagesbetreuung so

---

91 Autor:innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2024): Kinder- und Jugendhilfereport 2024. Eine kennzahlenbasierte Analyse mit dem Schwerpunkt zum Fachkräftemangel. Opladen/Berlin/Toronto, S. 30. Online unter: <https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2023/11/9783847419785.pdf> [Zugriff am 24.3.2024].

92 Ebd., S. 52 sowie Zusatzauswertung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik vom 21.03.2025.

93 Ebd., S. 74 sowie Zusatzauswertung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik vom 21.03.2025.

94 Ebd., S. 90 sowie Zusatzauswertung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik vom 20.03.2025.

95 Ebd., S. 39.

verändert hat, dass die Zeitreihen aus dem Kinder- und Jugendhilfereport<sup>96</sup> nicht weiter fortgeschrieben werden können, sodass man auf Schätzungen angewiesen ist.<sup>97</sup>

Die Lage ist historisch besonders. Anders als in der Vergangenheit fehlt es nicht an Stellen, sondern an Personal, um Stellen zu besetzen. Die sozialen Berufe wiesen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen im Jahresdurchschnitt 2021/2022 die größte Fachkräftelücke auf mit knapp 20.600 offenen Stellen, für die es keine geeigneten Bewerber\*innen gab. Nahezu gleich groß war die Lücke bei den Fachkräften der Kinderbetreuung und -erziehung mit knapp 20.500 Stellen.<sup>98</sup> Der Mangel an Fachkräften ist damit so groß wie nie zuvor und erreichte einen neuen Rekordwert. Dies insbesondere für Westdeutschland, während in Ostdeutschland vor allem in der Kindertagesbetreuung Anzeichen für einen Abbau von Personalkapazitäten aufgrund fehlender Kinderzahlen deutlicher werden. Im Lichte mittlerweile rückläufiger Geburtenzahlen sind für die nächsten Jahre auch Rückgänge beim Bedarf für weitere Angebote zu erwarten.<sup>99</sup> Dies deutet sich womöglich auch für die Kinder- und Jugendarbeit an, wenngleich nicht demografiebedingt, sondern eher infolge fragiler Finanzierungsstrukturen und der strukturellen Schlechterstellung der Kinder- und Jugendarbeit. Statistische Analysen zeigen, dass in diesem Arbeitsfeld die Wahrscheinlichkeit einer Einrichtungsschließung in Ostdeutschland um 90 % höher liegt als in Westdeutschland.<sup>100</sup>

Bis 2030 ist allerdings alles in allem für die Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung der Gültigkeit eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und -förderung ab 2026 sowie angesichts des Personalbedarfs in anderen Arbeitsfeldern keine wesentliche personelle Entspannung zu erwarten.<sup>101</sup>

## **2. Vielfältige Ursachen mit gravierenden Folgen**

Der Fachkräftemangel trifft auf spezifische Bedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe bzw. in den einzelnen Handlungsfeldern, insbesondere wenn Ausbildungs- und Studieninteressierte sowie (potenzielle) Beschäftigte Arbeitszeiten, Aufstiegschancen und Bezahlung sowie die gesellschaftliche Anerkennung in anderen Berufsfeldern besser bewerten. So finden Jugendliche grundsätzlich soziale Berufe attraktiv. Pädagogik und Soziale Arbeit gehören zu den vier Berufsfeldern, für die sich Jugendliche am meisten interessieren. Allerdings meinen die Jugendlichen auch, dass ihre Kriterien für die Berufswahl hier nur teilweise erfüllt werden: Sie sehen eine hohe Sinnstiftung und Verantwortung in diesem Berufsfeld als positive Herausforderung, kritisieren aber die wenigen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung und ein zu geringes Gehalt.<sup>102</sup> Junge Menschen haben in Zeiten des Fachkräftemangels mehr

---

96 Ebd.

97 Rauschenbach, T./Hartwich, P. (Dezember 2024): Wenn das Wachstum zum Problem wird. Aktuelle Analysen zum Arbeitsmarkt für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2024, in: KomDat Jugendhilfe, Heft 3, 27. Jg., S. 10-16. Online unter: <https://www.akjstat.tu-dortmund.de/komdat/gesamtueberblick> [Zugriff am 24.3.2025].

98 Hickmann, H./Koneberg, F. (2022): Die Berufe mit den aktuell größten Fachkräftelücken, in: IW-Kurzbericht Nr. 67. Köln, S. 1. Online unter: [www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2022/IW-Kurzbericht\\_2022-Top-Fachkräftelücken.pdf](http://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2022/IW-Kurzbericht_2022-Top-Fachkräftelücken.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

99 Afflerbach, L.K./Meiner-Teubner, C. (Dezember 2024): Kindertagesbetreuung 2024 – das Ende einer Expansionsgeschichte?, in: KomDat Jugendhilfe, Heft 3, 27. Jg., S. 1-6. Online unter: <https://www.akjstat.tu-dortmund.de/komdat/gesamtueberblick> [Zugriff am 24.3.2025].

100 van Santen, E./Gandlgruber, M./Mairhofer, A./Peucker, C./Pluto, L. (2023): Schließung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – Empirische Hinweise zu Risikofaktoren, in: deutsche jugend, Heft 3, S. 119.

101 Rauschenbach, T./Hartwich, P. (Dezember 2024): Wenn das Wachstum zum Problem wird. Aktuelle Analysen zum Arbeitsmarkt für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2024, in: KomDat Jugendhilfe, Heft 3, 27. Jg., S. 16. Online unter: <https://www.akjstat.tu-dortmund.de/komdat/gesamtueberblick> [Zugriff am 24.3.2025].

102 SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (2020): Kindertagesbetreuung & Pflege – attraktive Berufe? Forschungsbericht zu quantitativer und qualitativer Forschung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 20 Jahren. Heidelberg/Berlin, S. 8. Online unter:

Wahlmöglichkeiten und können sich damit auch gezielter Berufsfelder aussuchen, die z. B. eine Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben ermöglichen. Beschäftigte wollen insgesamt im Durchschnitt weniger Wochenstunden arbeiten.<sup>103</sup>

Der Fachkräftemangel hat aber Auswirkungen auf die Beschäftigten selbst: Mit dem Personalmangel gehen Arbeitszeitverdichtungen, hohe Fallzahlen oder auch eine hohe Zahl an Überstunden einher. Auffällig sind in diesem Zusammenhang die hohen krankheitsbedingten Fehlzeiten für Beschäftigte in sozialen Berufen und der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere in der Kindertagesbetreuung.<sup>104</sup>

Auch die Auswirkungen auf die Adressat\*innen sind erheblich. Es kommt zu Verschiebungen innerhalb des Leistungsspektrums der Kinder- und Jugendhilfe, die die Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen einschränken. Zwei Trends sind ausschlaggebend: Erstens wird der Fokus auf die Leistungsangebote mit individuellem Rechtsanspruch gelegt, sodass es zu einem Abbau von anderen Leistungen kommt (z. B. Kinder- und Jugendarbeit, Angebote für Kinder und Familien wie Familienfreizeiten etc.). Zweitens kann der Kampf um pädagogisches Personal zu Lasten anderer Arbeitsfelder wie der Hilfen zur Erziehung gehen, die aufgrund unattraktiverer Arbeitszeiten, einer ständigen Erreichbarkeit, herausfordernder Adressat\*innen weniger beliebt sind.<sup>105</sup> Bindungsabbrüche und Destabilisierung können die Folge sein. Qualitätseinschränkungen durch Personalmangel haben zudem erhebliche Einschränkungen für die Teilhaberechte von Kindern und ihrer Familien zur Folge, z. B. in Kindertageseinrichtungen, wenn qualitätsvolle Arbeit nicht mehr durchgängig gewährleistet werden kann, z. B. Gruppen zusammengelegt (55,1 %) und Öffnungszeiten verringert (59,2 %) werden müssen.<sup>106</sup>

### **Forderungen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken**

Es ist politisch notwendig, dass die Kinder- und Jugendhilfe als Ganzes Verantwortung übernimmt und ein Maßnahmenbündel zur Bewältigung des Fachkräftemangels entwickelt.<sup>107</sup> Wenn Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -bindung lediglich isoliert in einem einzelnen Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe angegangen werden, hat das auch Auswirkungen auf andere Handlungsfelder. Es zeigt sich, dass isolierte Maßnahmen häufig keinen hohen Wirkungsgrad erzielen. Gefordert sind hier nicht nur der öffentliche Träger und die Politik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, sondern auch das Ausbildungssystem für die Kinder- und Jugendhilfe, die leistungserbringenden Träger und Einrichtungen sowie einschlägige Fachorganisationen und Zusammenschlüsse, und zwar mit Blick auf:

---

[www.bmfsfj.de/resource/blob/163902/f48b9978e967b6229266174e51fc4191/kindertagesbetreuung-und-pflege-attraktive-berufe-sinus-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/resource/blob/163902/f48b9978e967b6229266174e51fc4191/kindertagesbetreuung-und-pflege-attraktive-berufe-sinus-data.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

103 Wanger, S./Weber, E. (2023): Arbeitszeit: Trends, Wunsch und Wirklichkeit. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. IAB-Forschungsbericht 16/2023. Nürnberg. Online unter:

[doku.iab.de/forschungsbericht/2023/fb1623.pdf](http://doku.iab.de/forschungsbericht/2023/fb1623.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

104 Rauschenbach, T./Hartwich, P. (2024): Wenn das Wachstum zum Problem wird. Aktuelle Analysen zum Arbeitsmarkt für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2024, in: KomDat Jugendhilfe, Heft 3, S. 10-16. Online unter: <https://www.akjstat.tu-dortmund.de/komdat/gesamtueberblick> [Zugriff am 24.3.2025].

105 Graham, L. (2023): Statement zum Hearing „Fachkräftemangel“ am 26.09.2023 im Rahmen des 17. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung von Graham Lewis, IGfH.

106 FLEET Education Events GmbH (2023): DKLK-Studie 2023. Themenschwerpunkt: Personalmangel in Kitas im Fokus. Hamburg/Berlin/Koblenz, S. 29. Online unter: [deutscher-kitaleitungskongress.de/wp-content/uploads/2023/03/DKLG-Studie-2023-210x297-A4-V07-RZ-1.pdf](http://deutscher-kitaleitungskongress.de/wp-content/uploads/2023/03/DKLG-Studie-2023-210x297-A4-V07-RZ-1.pdf) [Zugriff am 24.3.2025].

107 Fuchs-Rechlin, K. (2023): Fachkräftebedarf – Fachkräftegewinnung – Fachkräftebindung. Hearing „Fachkräftemangel“ im Rahmen der 13. Sitzung der Kommission für den 17. Kinder- und Jugendbericht. Frankfurt a. M.

1. **Ausbau von Qualifizierungen:** An Berufsfach-, (dualen) Fach- und Hochschulen sollte es mehr Qualifizierungsangebote für Auszubildende und Studierende im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe geben. Die Einrichtung vergüteter Ausbildungen und die Übernahme von Schulgebühren können außerdem zu höheren Berufseinmündungszahlen in den Arbeitsmarkt Kinder- und Jugendhilfe führen.
2. **Verringerung der Abbrecher\*innenquoten:** Erforderlich sind Qualitätssicherungsmaßnahmen in den verschiedenen Ausbildungs- und Studiengängen beispielsweise durch begleitete Praxisphasen, moderne Ausbildungs- und Studieninhalte und -strukturen, um die hohen Quoten derjenigen, die eine begonnene Ausbildung oder ein Studium nicht abschließen, verringern zu können.
3. **Öffnung des Berufszugangs und der Berufsankennung:** Unter anderem können die Zulassung von Personen bereits in der einschlägigen Qualifikationsphase sowie profilergänzende Fachkräfte die Fachkräftesituation entlasten. Die Erweiterung der Zugangswege zur Ausbildung und zum Studium und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse können hier weitere wichtige Weichen sein.
4. **Erweiterung der Fachkräfteverzeichnisse:** Überlegungen zu erweiterten Fachkräfteverzeichnissen oder zu neuen Fachkräfteverzeichnissen müssen am Fachkräftegebot des SGB VIII orientiert sein, um nicht zu einer Aufweichung von Fachkräftestandards und Dequalifizierung beizutragen. Auch an der (begleitenden) Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteiger\*innen wird sich entscheiden, ob die Kinder- und Jugendhilfe zukünftig ihre Qualität in der Betreuung, Begleitung und Förderung junger Menschen und Personensorgeberechtigten halten kann.
5. **Entlastung pädagogischer Fachkräfte:** Bei nicht-pädagogischen Aufgaben können durch den zusätzlichen Einsatz u. a. von Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräften wertvolle Ressourcen für die pädagogische Arbeit freigemacht werden.
6. **Finanzielle Anreize:** Durch angemessene bzw. übertarifliche Vergütungen, Leistungszulagen, Corporate Benefits und Lebensarbeitszeitkonten können attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die nicht nur die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter\*innen steigern, sondern auch deren langfristige Bindung sichern.
7. **Vielfältige Förderungen für Fachkräfte:** Die professionelle und persönliche Unterstützung muss durch verbesserte Karrierewege, wie beispielsweise einen Aufstiegsbonus, gefördert werden. Darüber hinaus müssen Fort- und Weiterbildungsangebote ausgeweitet werden, um die fachliche Entwicklung zu unterstützen. Ein unterstützendes Arbeitsumfeld wird außerdem durch Fachberatung und eine dienstleistungsorientierte Trägerverwaltung geschaffen. Zudem müssen die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der Berufsarbeit, unter anderem durch Eltern, Träger und die Politik, gesteigert werden.
8. **Qualifizierung der Führungskräfte:** Bei der Personalgewinnung und -bindung in der Kinder- und Jugendhilfe spielt die Qualifizierung von Führungskräften eine zentrale Rolle. Gut ausgebildete Führungskräfte können nicht nur fachliche, sondern auch soziale und strategische Kompetenzen einbringen, die den Erfolg einer Organisation maßgeblich beeinflussen.



**18.**

**DJHT**